

ANFRAGE

des Abgeordneten Wurm
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

betreffend Postamtsschließungen und deren Auswirkung auf Mitarbeiter und Konsumenten

Der Postgewerkschaftschef Helmut Köstinger setzte am 16. März 2014 (APA0243, 10:05) folgende Pressemeldung ab:

Die Gewerkschaft kritisiert den Personalmangel bei der Österreichischen Post.

Wien (APA0243) - *"Während der Vorstand diese Woche über eine Rekord-Bilanz gejubelt hat, sind auf den Postämtern und bei der Zustellung hunderte Posten unbesetzt"*, so Postgewerkschaftschef Helmut Köstinger am Sonntag in einer Aussendung. Dies führe zunehmend zu langen Warteschlangen in den Postämtern und zu Problemen bei der Zustellung.

"Früher konnten Personalengpässe intern ausgeglichen werden. Durch eine Reihe von Management-Fehlentscheidungen ausgerechnet in diesen kundennahen Bereichen, ist jetzt aber die Grenze erreicht und teilweise sogar überschritten", kritisierte Köstinger.

Die Mitarbeiter sind stark überlastet, die Kundenbeschwerden häufen sich

In den Postämtern kommen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter heute kaum noch zum Durchatmen. In der Zustellung ist die Gewichtsbelastung für die Zusteller stark gestiegen. Sowohl in der Zustellung als auch an den Postämtern wäre der Betrieb ohne permanente Überstunden nicht mehr aufrechtzuerhalten, während mittlerweile in den beiden kundensensiblen Bereichen hunderte Planposten unbesetzt sind.

"Die Kundenströme wurden völlig falsch eingeschätzt. Die Zahl der Kundenbeschwerden hat sich nach den Rückmeldungen bei der Postgewerkschaft in den vergangenen Monaten stark erhöht".

Die Postamtsschließungen haben demnach die Rahmenbedingungen nicht nur für die Mitarbeiter, sondern auch für die Kunden deutlich verschlechtert.

In diesem Zusammenhang richten die gefertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz folgende

ANFRAGE

1. Ist Ihnen bekannt, dass zahlreiche Posten in Postämtern sowie bei der Postzustellung unbesetzt sind?
2. Wenn Ja, was gedenken Sie dagegen zu tun?
3. Sind im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz bereits Beschwerden von Bürgern hinsichtlich der verlängerten Wartezeiten bzw. über die Serviceleistungen der Post AG eingegangen?
4. Wenn Ja, um wie viele Beschwerden handelt es sich konkret und von wo genau (welches Bundesland) sind diese eingegangen?
5. Wenn Ja, was wurde bereits unternommen um Beschwerden vorzubeugen?
6. Wenn Ja, was werden Sie in Zukunft unternehmen um Beschwerden vorzubeugen?
7. Sind im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz bereits Beschwerden von Mitarbeitern (nach dem ASVG) der Post AG hinsichtlich der Arbeitsbedingungen eingegangen?
8. Wenn Ja, um wie viele Beschwerden handelt es sich konkret und von wo genau (welches Bundesland) sind diese eingegangen?
9. Wenn Ja, was wurde bereits unternommen um Beschwerden vorzubeugen?
10. Wenn Ja, was werden Sie in Zukunft unternehmen um Beschwerden vorzubeugen?
11. Ist Ihnen bekannt, dass durch eine Reihe von Management-Fehlentscheidungen Personalengpässe aufgrund der Unterbesetzung nicht mehr ausgeglichen werden können?
12. Wenn Ja, was gedenken Sie zu tun um solchen Missverhältnissen vorzubeugen?
13. Wie viele Mitarbeiter (nach dem ASVG) der Post AG sind seit den Postamtsschließungen 2009 von Vollzeitbeschäftigung auf Teilzeitbeschäftigung reduziert worden? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach Bundesländern)
14. Wie viele Mitarbeiter (nach dem ASVG) der Post AG sind seit den Postamtsschließungen 2009 in Arbeitsstiftungen oder anderen Institutionen versetzt worden? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach Bundesländern)
15. Wie viele Mitarbeiter (nach dem ASVG) der Post AG sind seit den Postamtsschließungen 2009 in Pension oder Frühpension gegangen? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach Bundesländern)
16. Wie viele Mitarbeiter (nach dem ASVG) der Post AG werden bis 2015 in Pension gehen? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach Bundesländern)